Dieses Dokument ist lizenziert für ETH Zürich, uV08772A.
Alle Rechte vorbehalten. © Neue Zürcher Zeitung (NZZ). Download vom 06.03.2024 11:51 von nzz.genios.de.

Widerstand gegen Atomkraft brachte neue soziale Formate der Wissensproduktion und -zirkulation in Fahrt (Demonstration in Nidwalden, 1988). KEYSTONE

Zwischen Wissenschaft und Aktivismus

Historisch betrachtet verlief die Grenze zwischen Wissenschaft und Aktivismus, zwischen objektiver Distanz und sozialem Anliegen nie so klar, wie gemeinhin angenommen wird.
Gastkommentar von Nils Güttler, Martin Herrnstadt, Niki Rhyner und Monika Wulz

In den 1830er Jahren beobachtete der Ökonom Eugène Buret ein soziales Phänomen, das in Frankreich und England wie ein Lauffeuer um sich griff: eine Form der Armut, die sich von älteren Erscheinungen unterschied und die Buret als «Misere» bezeichnete. Damit benannte er eine Form der Verarmung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, welche die anhebende Frühindustrialisierung in Frankreich mit sich brachte. Die «Misere» zeigte sich nicht nur in ihren physischen Zeichen wie beispielsweise im Alkoholismus, sondern zeichnete sich insbesondere durch ihre «unsichtbaren Leiden» aus, die sich im Inneren der Menschen abspielten – von ihr Betroffene verschwiegen oder kaschierten häufig ihre wirkliche soziale Lage.

Deutungshoheiten

Hierin kam für Buret ein grundlegender Wandel zum Ausdruck. Zum einen besass die herkömmliche Wissenschaft der Ökonomie keine Mittel, um das sich vor ihren Augen abspielende soziale Phänomen zu begreifen. Zum anderen ging eine Veränderung in der Erfahrung der Armen selbst vor sich. So sah Buret durch die «Misere» eine neue «aktive» und «beunruhigte» Armut entstehen. Eine Unruhe, die ihren Ausdruck darin fand, dass die Betroffenen selbst begannen, die Ursachen und Bedingung ihrer Lage zu erforschen. Die «Misere», so Burets Warnung, hatte ihre eigenen Theoretiker und eine Gegenwissenschaft hervorgebracht: eine «leidenschaftliche Forschung», die die Deutungs- und Erklärungshoheit bestehender ökonomischer und sozialer Theorien infrage stellte.

Buret verband seinen Verweis auf «leidenschaftliche Forschung» mit der Forderung nach einem der «Wirklichkeit» zugewandten Wissenschaftsverständnis, das er der klassischen Ökonomie entgegensetzte. Sein Text öffnet damit nicht nur den Blick auf eine ganze Bewegung «oppositioneller» Wissenschafter, die sich im Zuge der 1830er Jahre entwickelte. Er zeigt zudem, wie diese Initiativen aktivistischer Wissensproduktion in den Wissenschaftsbetrieb zurückwirkten und in einer Zeit kritisch rezipiert wurden, als sich Ideale «guter» Forschung zu festigen begannen.

> Der Ruf nach «Gegenwissen» ging häufig mit Versuchen einher, neue soziale Formate der Wissensproduktion und -zirkulation zu etablieren.

In der Wissenschaftsgeschichte spricht man von fundamentalen Veränderungen in den «moralischen Ökonomien» der Wissenschaften seit dem späten 18. Jahrhundert, jenen Werten also, die für die Kriterien von Wissenschaftlichkeit prägend waren. Dieser Wertewandel war mit der Mobilisierung neuartiger «epistemischer Tugenden» verbunden, in deren Zentrum Forderungen nach Objektivität und Interesselosigkeit standen. Burets Verweis auf die Bedeutung des «leidenschaftlichen Forschens» musste demgegenüber als unwissenschaftlich erscheinen. Leidenschaft, politisches Engagement, Mitgefühl und Parteilichkeit – all das scheint uns heute noch und als Folge dieser Entwicklung relativ weit entfernt von dem moralischen Kodex «guter» Wissenschaft.

Moderne Wissenschaft ist auch für Historiker meist gleichbedeutend mit der Geschichte all jener Wissensfelder, in denen die Trennung von Forschung und Emotionen besonders erfolgreich verlief. Über die Geschichte von politisch engagierten Armutsforschern wie Buret wissen wir deshalb weniger. Dabei gibt es unzählige Beispiele für die intensive historische Wechselwirkung und das Spannungsverhältnis, in dem sich Wissenschaften und Aktivismus bewegen. Man denke etwa an die Krankenschwester Florence Nightingale, die mit ihren statistischen Untersuchungen zum Lazaretwesen im Krimkrieg zu einer der einflussreichsten Reformerinnen des Sanitäts- und Gesundheitswesens in Grossbritannien aufstieg; oder an das berühmte Hull-House-Projekt in Chicago, in dem Aktivistinnen wie Jane Adams, Alice Hamilton oder Florence Kelley praktische Sozialarbeit in den Elendsvierteln Chicagos mit einer neuen Form der Sozial- und Naturwissenschaften verbanden.

Nicht zuletzt kommen einem ausserdem die diversen sozialen Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Sinn, in denen Wissenschaft und Aktivismus eng miteinander verzahnt waren: die Frauenbewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung, die Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung oder die Dritte-Welt- und die Friedensbewegung der 1970er und 1980er Jahre. So unterschiedlich diese Bewegungen auch waren, immer ging es den Aktivistinnen und Aktivisten auch darum, hegemoniale politische Machtverhältnisse durch die Produktion von Wissen sichtbar zu machen und sie zu verändern. Der zeitgenössische Begriff dafür lautete «Gegenwissen», eine engagierte Form der Wissensproduktion, die sich gegen die bestehende Ordnung mitsamt den etablierten Wissenschaften richtete. Es sollten andere moralische Ökonomien gelebt und geteilt werden, als man sie im Wissenschaftsbetrieb vorfand.

Der Ruf nach «Gegenwissen» ging deshalb häufig mit Versuchen einher, neue soziale Formate der Wissensproduktion und -zirkulation zu etablieren. Das Motto lautete: Wissenschaft selber machen. «Weder Staat noch Verbände werden eine Wende bringen. Wir können nur hoffen, wenn wir selbst handeln», hiess es beispielsweise im Gründungsmanifest des Freiburger Öko-Instituts, das heute ein wichtiges ausseruniversitäres Forschungszentrum im Bereich Ökologie und Umweltwissenschaften ist. Man könnte zu dem Schluss kommen, dass die leidenschaftliche Forschung im Umfeld der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts auch deshalb in Vergessenheit geriet, weil sie weniger wissenschaftlich war als ihre Gegenüber an den Universitäten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Armutsforscher Buret und die oppositionelle Wissenschaft des Vormärz oder auch die feministischen Ärztinnen bemühten sich, ihre Beobachtungen empirisch einwandfrei zu belegen und ihre Daten mit den neuesten Methoden zu erheben.

Häufig wurde die aktivistische Forschung sogar innerhalb von Universitäten und akademischen Institutionen mit dem Ziel einer besseren Wissenschaft betrieben. Was die leidenschaftlichen Forscher auszeichnete, war das Anliegen, ihr Interesse für das empirisch Belegbare eng mit den sozialen und politischen Herausforderungen ihrer Zeit zu verbinden. Man müsse den «technischen und sozialen Entwurf als Einheit sehen», proklamierten etwa die erwähnten Umweltwissenschafter des Öko-Instituts – und sprachen damit vielen Aktivisten anderer sozialer Bewegungen aus der Seele. Es gab für diese Art von leidenschaftlicher Forschung keine grundsätzliche Trennung zwischen der Natur und der Kultur, zwischen Technik und Sozialem, zwischen Wissenschaft und Politik.

In Anlehnung an Bruno Latour lässt sich sagen: Die leidenschaftliche Forschung verband ihr Interesse für die Fakten («matters of fact») immer schon mit drängenden sozialpolitischen Fragen (matters of concern) – das heisst mit Dingen, die uns alle angehen.

Scheinbar neutrale Forschung

Die Abwehrhaltung innerhalb des Wissenschaftsbetriebes gegenüber dieser Art von engagierter Forschung bröckelt gegenwärtig wieder an vielen Stellen und oft im Scheinwerferlicht der Medien. Dass die «matters of concern» in vielen Bereichen längst ins Innere des Wissenschaftsbetriebes vorgerückt sind, zeigt sich wohl nirgends deutlicher als in den derzeitigen Diskussionen um die Klimakrise, wo ein ganzes Wissenschaftsfeld im Licht gesellschaftlicher Herausforderungen den Spagat zwischen «reinen Fakten» und politischem Engagement vollbringen muss.

Und tatsächlich stellt sich angesichts von Debatten um Gender-Studies, Corona-Pandemie, Migration, Kolonialismus und Krieg für viele Wissenschafter und Wissenschafterinnen im Alltag zunehmend die Frage, wie weit sie sich politisch engagieren können (oder sogar sollten) und wie weit sie ihre Forschung von scheinbar wissenschaftsfremden Motiven leiten lassen oder, umgekehrt, schützen müssen.

Eine historische Perspektive kann dafür sensibilisieren, dass die Grenze zwischen Wissenschaft und Aktivismus, zwischen Fakten und sozialen Anliegen in der Geschichte nie so trennscharf verlief, wie gemeinhin angenommen wird, mehr noch: Eine wissenschaftshistorische Perspektive ermöglicht es, die Forderungen nach leidenschaftlicher Forschung und objektiver Distanz als zwei konstitutive Momente eines spezifisch modernen Wissenschaftsverständnisses zu rekonstruieren. Diese gemeinsame Geschichte von Wissenschaft und Aktivismus, von «matters of fact» und «matters of concern», von Wissen und Gegenwissen zu schreiben, ist noch eine Zukunftsaufgabe. Dass sich auch die neue Rechte schon seit längerem für «Gegenwissen» interessiert, ist spätestens im Umfeld der Covid- und Klimadebatte klar geworden. Es geht nicht darum, zu behaupten, dass die leidenschaftliche Forschung per se die bessere ist. Sie gehört aber zur modernen Wissenschaft wie ihre strahlende Seite aus Fakten, Nobelpreisen und Objektivität – und brachte oft die ebenso politischen Aspekte der vermeintlich neutralen Forschung ans Licht.

Mit anderen Worten: Die leidenschaftliche, politisch engagierte Forschung fungierte spätestens mit der Entstehung des modernen Objektivitätsparadigmas im frühen 19. Jahrhundert nicht bloss als das überwundene andere an der Peripherie «richtiger» Forschung. Moderne Wissenschaft und ihre Gegenwissenschaften waren gleich ursprünglich.

Nils Güttler, Martin Herrnstadt, Niki Rhyner und **Monika Wulz** sind Wissenschaftshistoriker in Wien, Bremen und Zürich. Sie forschen und lehren zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, zur Geschichte von «Gegenwissen» und Wissenschaftskritik.